

Dornbirn, 11. April 2019

Protokoll

30. Sitzung der Stadtvertretung

Aktenzahl 1100-StV-Protokoll-2019-2/30

Die Sitzung findet am Donnerstag, 11. April 2019, 19:03 Uhr, im Sitzungssaal 133 des Rathauses unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann statt.

30. Sitzung der Stadtvertretung

	Partei	anwesende Stadtvertreter	
1	VP	Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann, Bürgermeisterin	
2	VP	Mag. Martin Ruepp, Vizebürgermeister	
3	SPÖ	Mag. Gebhard Greber, Stadtrat	
4	FPÖ	Walter Schönbeck, Stadtrat	
5	VP	Marie Louise Hinterauer, Stadträtin	
6	GRÜNE	Mag. Dr. Juliane Alton, Stadträtin	
7	VP	Josef Moosbrugger	Bernhard Gobber
8	SPÖ	Werner Posch, Stadtrat	Thomas Niedermaier
9	VP	Guntram Mäser, Stadtrat	
10	FPÖ	Christoph Waibel	
11	VP	Dr. Thomas Winsauer M.B.L.	
12	GRÜNE	Vahide Aydin	
13	SPÖ	Saadet Tuglan	Severine Engel
14	VP	Melanie Forer-Pernthaler	Kurt Salzmann
15	NEOS	Mag. Michael Klocker	
16	VP	Mag. Jochen Weber	Jakob Wirth
17	FPÖ	Elke Korn	
18	SPÖ	Markus Fäßler	
19	VP	Mag. Dr. Hanno Lecher	
20	GRÜNE	DI Martin Konzot	Mag. Wolfgang Juen
21	VP	Verena Zoppel-Geiger	
22	FPÖ	Mag. Daniel Spiegel	
23	VP	Ing. Christoph Winder	Dr. Gottfried Waibel
24	SPÖ	Mag. Konstantin Eleftheriadis	Johanna Ortner
25	VP	Helga Dünser	Dr. Ulrich Amann
26	GRÜNE	Ingrid Benedikt	
27	VP	Dr. Andreas Fussenegger	Simon Schwark B.Sc.
28	SPÖ	Dominik Steinwidder	

29	FPÖ	Wernfried Amann	
30	VP	Martin Klocker	Johanna Klocker
31	VP	Reinold Diem	
32	SPÖ	Filiz Imirgi	
33	NEOS	Elisabeth Feuerstein	
34	GRÜNE	MMag. Thomas Mazzurana	
35	VP	Julian Fässler, Stadtrat	
36	FPÖ	Ingeborg Künz	

Anwesende "Auskunftspersonen"

SAD Dr. Hanno Ledermüllner
 Mag. Sabine Sandholzer-Hämmerle
 MMag. Elisabeth Fink-Schneider
 Monika Thaler
 DI Martin Assmann
 Mag. Guntram Mathis

Mag. (FH) Herbert Kaufmann (bei Punkt 6)

Mag. Ralf Hämmerle

Schriftführerin

Karin Rusch

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung der Mitglieder der Stadtvertretung sowie ihre Beschlussfähigkeit fest.

StV. Elisabeth FEUERSTEIN stellt den Antrag, nachstehenden Punkt zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen:

- 7 Erhöhung des Lebensmittel-Einkaufsbudgets für das Krankenhaus Dornbirn, damit Bio-Produkte und regionales (Kalb-) Fleisch eingekauft werden können.

Die VORSITZENDE erläutert, dass dieses Thema ein operatives Geschäftsfeld des Krankenhauses sei und nicht in die Kompetenz der Stadtvertretung falle. Sie schlägt vor, die Anregungen im Ausschuss für Gesundheitswesen und Krankenhaus zu behandeln. Dort könne eine Strategie und ein Pilotversuch für ein halbes Jahr überlegt werden. Dabei seien auch vergaberechtliche Vorgaben zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund zieht StV. Elisabeth FEUERSTEIN den Antrag zurück.

Tagesordnung

- 1 Berichte und Anfragebeantwortung
- 2 Projekt Neubau Polizeiinspektion und Bezirkspolizeikommando Dornbirn – Vergabe Baumeisterarbeiten
- 3 Ausnahme aus der Blauzonen-Verordnung
- 4 Bezeichnung von Verkehrsflächen: Änderung der Bezeichnung Spinnergasse auf Abschnitt Gst.-Nr. 7059/4
- 5 Verlängerung der Kaufoption zu Gunsten der Spar Österreichische Warenhandels AG in der Leopoldstraße
- 6 Umwandlung der Dornbirner Seilbahn GmbH in eine Aktiengesellschaft
- 7 Allfälliges
- 8 Genehmigung des Protokolls der 29. Sitzung der Stadtvertretung vom 28. Februar 2019

1 Berichte und Anfragebeantwortung

1.1

StR. Marie Louise HINTERAUER berichtet anhand einer PP-Präsentation über die Veranstaltung der 16. Weltgymnaestrada, die vom 7. bis 13. Juli 2019 stattfindet und bereits zum zweiten Mal von Dornbirn organisiert wird.

1.2

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird bezugnehmend auf Punkt 16.1 der Sitzung der Stadtvertretung vom 28. Februar 2019 die Anfragebeantwortung des Krankenhauses vom 28. März 2019 betreffend „MRT“ zur Kenntnis genommen.

StR. Dr. Juliane ALTON merkt an, dass es für sie nicht nachvollziehbar sei, dass die Krankenkassen für die Ambulanzen nicht mitzahlen; das müsse sich ändern. Die Ambulanzen seien eine wichtige Stelle für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Im Vergleich zu anderen Krankenhäusern würden in Dornbirn wenig MRT-Untersuchungen durchgeführt. Es sei wichtig, sich weiterhin darum zu bemühen, dass das MRT mehr eingesetzt werden könne.

1.3

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird bezugnehmend auf Punkt 16.4 der Sitzung der Stadtvertretung vom 28. Februar 2019 die Anfragebeantwortung der Abteilung Kindergärten vom 25. März 2019 betreffend „Kindergartenanmeldung und -tarife“ zur Kenntnis genommen.

2 Projekt Neubau Polizeiinspektion und Bezirkspolizeikommando Dornbirn – Vergabe Baumeisterarbeiten

Die Stadt Dornbirn vergibt für den Neubau Polizeiinspektion und Bezirkspolizeikommando den Bauauftrag „Baumeisterarbeiten“ an die i+R Bau GmbH, Johann-Schertler-Straße 1, 6923 Lauterach zu den Einheitspreisen des Angebotes um € 1.932.016,75 netto bzw. € 2.318.420,10 brutto.

(einstimmig)

3 Ausnahme aus der Blauzonen-Verordnung

StR. Walter SCHÖNBECK möchte wissen, wer bei einer Überschwemmung haftet, wenn die Stadt diese Ausnahmeregelung genehmigt.

DI Martin ASSMANN erläutert, dass es sich beim gegenständlichen Antrag um eine Ausnahme aus der Blauzone handle. Das sei die Vorbedingung dafür, dass die Freifläche-Landwirtschaft wieder zur Geltung komme und somit dort grundsätzlich ein Bauwerk errichtet werden könne. Im Bauverfahren sei mit Auflagen zu rechnen, die der Bauwerber zu erfüllen habe.

StR. Mag. Gebhard GREBER merkt an, dass die Haftungsfrage im Ausschuss für Stadtentwicklung, Stadt- und Verkehrsplanung ausführlich diskutiert worden sei. Die Frage der Haftung habe man verneint.

Beschluss

Die Stadt Dornbirn ersucht um Ausnahme der Gst.-Nr. 1110/5 sowie einer Teilfläche aus Gst.-Nr. 1101, KG Dornbirn aus der „Blauzonen-Verordnung“. Die Ausnahme bezieht sich auf eine Fläche von insgesamt 2.076 m², lt. Plan vom 16.1.2019 mit Aktenzahl d031.21-29-2018.

(einstimmig)

4 Bezeichnung von Verkehrsflächen: Änderung der Bezeichnung Spinnergasse auf Abschnitt Gst.-Nr. 7059/4

Gemäß § 15 Abs. 3 Gemeindegesetz erhält die folgende Verkehrsfläche nachstehende Bezeichnung:

Erschließungsstraße im Gebiet Spinnergasse auf dem Abschnitt von der Achstraße Richtung Nordosten auf Gst.-Nr. 7059/4 „**Juchenweg**“.

(einstimmig)

5 Verlängerung der Kaufoption zu Gunsten der Spar Österreichische Warenhandels AG in der Leopoldstraße

Aus Gründen der Befangenheit tritt die VORSITZENDE den Vorsitz an Vizebgm. Mag. Martin RUEPP ab. Sie nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Beschluss

Die Stadt Dornbirn verlängert die Kaufoption für eine Teilfläche der Gst.-Nr. 6171/2 mit einem Ausmaß von 538 m² zugunsten der Spar Österreichische Warenhandels AG bzw. dessen Rechtsnachfolger um 5 Jahre, sohin bis zum 30. Juni 2024, längstens jedoch bis zum Vorliegen aller behördlichen Bewilligungen, welche einen Verzicht auf die Kaufoption durch die Spar Österreichische Warenhandels AG zur Folge haben.

(einstimmig – Bgm. Dipl.-Vw. Andrea KAUFMANN nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Abstimmung nicht teil)

6 Umwandlung der Dornbirner Seilbahn GmbH in eine Aktiengesellschaft

Aus Gründen der Befangenheit treten die VORSITZENDE und Vizebgm. Mag. Martin RUEPP den Vorsitz an StR. Mag. Gebhard GREBER ab. Beide nehmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Ebenfalls aus Gründen der Befangenheit nehmen StV. Ingrid BENEDIKT, StV. Reinold DIEM, StV. Mag. Daniel SPIEGEL, StVE. Kurt SALZMANN, StV. Dr. Thomas WINSAUER M.B.L., StV. Mag. Dr. Hanno LECHER, StR. Guntram MÄSER und StR. Marie Louise HINTERAUER an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

StR. Mag. Gebhard GREBER erläutert, dass ein Satzungsentwurf im Stadtrat diskutiert worden sei. Die noch zu überarbeitende Version werde dem Stadtrat nochmals vorgelegt.

StR. Dr. Juliane ALTON kritisiert, dass die Stadt Gesellschafterzuschüsse an die Seilbahn GmbH gebe. Aus ihrer Sicht wäre es sinnvoller gewesen, nach der Umwandlung in eine GmbH neues Kapital hereinzuholen. Sie regt an, die Namensgebung der Gesellschaft zu überdenken.

StR. Walter SCHÖNBECK befürwortet die Umwandlung. In der neuen Gesellschaftsform sei es möglich, die Bedürfnisse der Gesellschafter wesentlich bürgerfreundlicher abzuwickeln.

StV. Mag. Michael KLOCKER spricht sich ebenfalls für das Überdenken der Namensgebung aus. Seine Fraktion habe keine Möglichkeit gehabt, eine Stellungnahme zum Entwurf der Satzungen abzugeben, da dieser Entwurf nur den Mitgliedern des Stadtrates zugestellt worden sei. Seine Fraktion könne dem Punkt b) nur zustimmen, wenn sie den überarbeiteten Entwurf der Statuten vor der Beschlussfassung erhalten, um eine Stellungnahme abgeben zu können.

SAD Dr. Hanno LEDERMÜLLNER erläutert, dass der Entwurf der Satzungen auch der Fraktion der NEOS zugestellt werden könne und sie damit die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme hätten. Die Zusendung der Unterlagen soll zeitgleich an den Stadtrat und an StV. Mag. Michael Klocker erfolgen.

Unter dieser Voraussetzung ergeht folgender **Beschluss**

- a) Die Stadt Dornbirn stimmt einer Umwandlung der Dornbirner Seilbahn GmbH in eine Aktiengesellschaft zu.

- b) Die Stadtvertretung delegiert alle im Zusammenhang mit der Umwandlung der Dornbirner Seilbahn GmbH in eine Aktiengesellschaft stehenden Rechtsakte zur Beschlussfassung an den Stadtrat.
- c) Die Stadt Dornbirn erklärt, in Zukunft auch bei Kapitalerhöhungen mehr als 50 % der Anteile zu halten.

(einstimmig)

Wegen Befangenheit nehmen Bgm. Dipl.-Vw. Andrea KAUFMANN, Vizebgm. Mag. Martin RUEPP, StV. Ingrid BENEDIKT, StV. Reinold DIEM, StV. Mag. Daniel SPIEGEL, StVE. Kurt SALZMANN, StV. Dr. Thomas WINSAUER M.B.L., StV. Mag. Dr. Hanno LECHER, StR. Guntram MÄSER und StR. Marie Louise HINTERAUER an der Beratung und Abstimmung nicht teil)

7 Allfälliges

7.1

StV. Markus FÄSSLER berichtet zum Bauvorhaben Schluge Lagerlogistik und Schluge Wurst-Fleisch-Gastronomie. Das Projekt werde von der SPÖ nach wie vor sehr begrüßt. Bei der Umwidmung in Betriebsgebiet habe man auch einen Grünpuffer von 23 bis 29 m Breite geschaffen. Der Verfassungsgerichtshof habe laut Volksanwalt bereits vor mehreren Jahren festgehalten, dass ein ca. 30 Meter breiter Grünlandstreifen zwischen Betriebsgebiet und Baumischgebiet keine ausreichende Maßnahme darstelle, um vor gegenseitigen Beeinträchtigungen zu schützen. Laut Landesvolksanwalt bestünden erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, ob im Widmungsverfahren die notwendigen raumplanungsrechtlichen Maßnahmen gesetzt worden seien, um gegenseitige Beeinträchtigungen zu vermeiden. Daher habe der Landesvolksanwalt beim Verfassungsgerichtshof einen Antrag gestellt, die entsprechende Widmung aufzuheben. Der Landesvolksanwalt rechne mit einer Entscheidung in den nächsten 6 bis 12 Monaten. Es sei wichtig, dass sich die Stadt Dornbirn mit dem Standort- und Gründerzentrum erneut um ein adäquates Ersatzgrundstück und den Kauf des Betriebsgrundstückes vom Familienunternehmen Schluge bemühe. Damit könne das Problem des ungünstigen Standorts eines Logistikunternehmens gelöst werden. Auch die drohende Lärmbelästigung für die Anrainer könne so verhindert werden. Für den Fall, dass der Verfassungsgerichtshof zum Ergebnis komme, dass die Widmung nicht zulässig wäre, hätte die Stadt durch den Erwerb dieses Grundstückes die Möglichkeit, notwendige Maßnahmen durchführen. Er appelliere, nochmals mit dem Standort- und Gründerzentrum alle Hebel in Bewegung zu setzen, um eine Lösung für alle Betroffenen zu erreichen.

Die VORSITZENDE merkt an, dass viele Wohngebiete froh wären, einen 30 m breiten Grünstreifen als Abgrenzung zu einem Betriebsgebiet zu haben.

Das Ergebnis des Antrags des Landesvolksanwaltes sei abzuwarten. Es mache nicht viel Sinn, jetzt nochmals von vorne zu beginnen.

Damals habe man die Widmung intensiv diskutiert. Das Standort- und Gründerzentrum habe man über Wochen und Monate bemüht. Man habe verschiedenste Standorte geprüft und viele Gespräche geführt. Es sei extrem schwierig, ein geeignetes Grundstück zu finden; gerade in diesem Fall habe man sich sehr bemüht. Schluge habe dann dieses Grundstück gekauft. Auch die Stadt sei am Erwerb des Grundstückes interessiert gewesen, habe aber den Zuschlag nicht erhalten.

StR. Walter SCHÖNBECK ergänzt, dass die Firma Schluge das Recht habe, hier zu bauen. Man habe eine Kompromisslösung gefunden. Durch die Errichtung einer Lärmschutzwand, die Zufahrtsregelung von vorne und die behördlichen Auflagen habe man die Lärmbelastigung verringern können.

7.2

StV. Ingrid BENEDIKT berichtet, dass sich ihre Fraktion seit 1990 für biologische Landwirtschaft und biologische Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen einsetze. Leider sei man oft falsch verstanden bzw. nicht ernst genommen worden. Sie sei erfreut, dass jetzt Bewegung in die Sache komme. In den letzten Jahren habe hier ein Umdenken stattgefunden; gerade in letzter Zeit sei eine richtige Aufbruchsstimmung zu spüren.

Sie seien natürlich grundsätzlich dafür, dass das Krankenhaus unterstützt und der Bioanteil bei den regionalen Lebensmitteln erhöht werde. Es gehe aber nicht nur um das Krankenhaus, sondern auch um die Gemeinschaftsverpflegung im Bereich Kinder und Schulen; vor allem in der Ganztagsbetreuung. „mama bringts“ habe in Bludenz einen Bioanteil von 15 % angeboten; das soll auch in Dornbirn erreicht werden. Sie habe recherchiert, dass die Landgenossen und die Stiftung „üsr Boda“ für zwei Jahre den vollen Differenzbetrag als Anschubfinanzierung für die Verwendung von biologischen Lebensmittel in Kinderbetreuungseinrichtungen übernehme. Man habe das Thema im letzten Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft diskutiert. Es fehle aber eine Gesamtbetrachtung.

Sie möchte wissen, ob es möglich sei, das Thema gesamthaft im Ausschuss für Gesundheitswesen und Krankenhaus zu diskutieren bzw. wo die Diskussion stattfinden soll. Eine Umstellung sei auch eine Chance für die Landwirte.

Die VORSITZENDE merkt an, dass mit den Begriffen vorsichtig umgegangen werden müsse. Es sei zwischen „bio“ und „regional“ zu unterscheiden. Unser Fokus müsse auf regional gelegt werden. Sie berichtet von der Betriebsbesichtigung bei „mama bringts“. Dieser Betrieb würde fast alles regional einkaufen; hier gehe auch regional vor bio. Regional die Landwirtschaft zu unterstützen und gleichzeitig zu schauen, dass mehr Landwirte in den biologischen Bereich gehen sei ihrer Meinung nach die richtige Richtung. Nur einen fixen Bioanteil festzulegen, ohne zu hinterfragen, woher die Lebensmittel kommen, sei nicht richtig.

StV. Ingrid BENEDIKT ergänzt, dass sie von bio aus der Region spreche.

StR. Dr. Juliane ALTON merkt an, dass Bioprodukte aus der Region einen Markt brauchen würden. Die Stadt als Großeinkäuferin von Lebensmittel sei Teil eines solchen Marktes. Wenn wir uns als Stadt dazu bekennen, einen Bioanteil einzuführen und diesen sukzessiv zu erhöhen, dann könne eine wichtige Entwicklung eingeleitet werden. Man könne damit zu einer gesunden Ernährung beitragen, die auch hier in der Region eine Wertschöpfung generiere. Bei Biolandwirtschaft dürfe man den Aspekt des Naturschutzes nicht vernachlässigen.

Die VORSITZENDE schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu installieren, die sich mit dem Thema befasst.

StR. Walter SCHÖNBECK ergänzt, dass eine Erhöhung des Bioanteils nicht am Budget scheitern werde.

7.3

StR. Walter SCHÖNBECK berichtet, dass die Brücke beim Kindergarten Forach in einem etwas kritischen „desolaten“ Zustand sei, weil eine Baumwurzel das Brückenwerk ein bisschen hochhebe. Das sei ein Sicherheitsrisiko für Fußgänger und Fahrradfahrer.

Er bittet um Prüfung durch die Stadtplanung, ob die Brücke um ein bis zwei Meter in Richtung Kläranlage versetzt und diese Kurve etwas entschärft werden könne.

7.4

StR. Walter SCHÖNBECK berichtet, dass er seit fünf Jahren die Sicherheitsschleuse bei der Polizei fordere. Ein offenes Rathaus sei gut und recht, aber auch die Bediensteten der Stadt Dornbirn hätten ein Anrecht auf Sicherheit. Die Sicherheitsschleuse bei der Stadtpolizei sei jetzt notwendiger denn je. Er fordere, dass die Sicherheitsschleuse noch dieses Jahr installiert werde.

Die VORSITZENDE erläutert, dass eine Gesamtbetrachtung gemacht werde. Es gehe nicht nur um die Sicherheit der Polizei, sondern um alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die im Frontoffice arbeiten. Die von ihm seit Jahren geforderte Sicherheitsschleuse sei fertig in der Planung, aber noch nicht umgesetzt, weil der gesamte untere Stock einzubeziehen sei. Man sei in ausgezeichneten Gesprächen mit der Polizei. Es mache nicht viel Sinn, jetzt eine Einzelmaßnahme umzusetzen. Die Sicherheitsschleuse müsse im Rahmen des Gesamtkonzepts umgesetzt werden. Auch ihr sei die Sicherheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ein sehr wichtiges Anliegen.

StR. Walter SCHÖNBECK fordert, dass das Konzept im Sommer vorgestellt werde. Weiters möchte er einen Terminplan für die Umsetzung.

Die VORSITZENDE bietet an, in einem gemeinsamen Gespräch umfassend zu erklären, um was es gehe. Für das Gesamtkonzept brauche man zuerst inhaltliche und bauliche Konzepte und auch die Polizei müsse miteinbezogen werden.

7.5

StR. Dr. Juliane ALTON regt an, dass die Tagesordnungspunkte der Sitzung der Stadtvertretung wie bisher im öffentlichen Sitzungsteil behandelt werden sollen.

Die VORSITZENDE erläutert, dass aus Gründen des Datenschutzes manche Punkte nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden können. Das geschehe auf ausdrücklichen Wunsch von Privatbeteiligten.

7.6

StV. Mag. Daniel SPIEGEL berichtet, dass er gehört habe, dass manche Pflegebesuche der Casemanagerinnen nicht so gut abgelaufen seien. Er regt an, dass die Casemanagerinnen feinfühlicher im Umgang mit betroffenen Personen agieren sollen.

StR. Marie Louise HINTERAUER entgegnet, dass die Besuche der Casemanagerinnen sehr gut ablaufen. Wenn es hier um einen konkreten Fall gehe, so rege sie an, das direkt mit MMag. Elisabeth Fink-Schneider zu besprechen. Sie erhalte nur positive Rückmeldungen; noch nie habe sich bei ihr jemand negativ geäußert.

StV. Vahide AYDIN berichtet von ihren Erfahrungen als Sozialarbeiterin. Wenn sie anrufe, dann erhalte sie sehr kompetente Antworten. Die Personen, die sie als Sozialarbeiterin vermittele, seien in guten Händen.

7.7

StV. Mag. Michael KLOCKER bezieht sich den Dornbirner Anzeiger. Hohenems sei transparent und lege alle Förderungen und Finanzdaten offen. Er möchte wissen, ob Dornbirn das auch in dieser Form machen möchte.

Die VORSITZENDE erläutert, dass Dornbirn beim offenen Haushalt seit drei Jahren vertreten sei. Der offene Haushalt würde nur das Budget analysieren.

SAD Dr. Hanno LEDERMÜLLNER merkt an, dass die Darstellung aus dem Hohenemser Programm verwirrend sei. Dieses Programm sei zudem sehr fehlerbehaftet und eröffne viele offene Fragen. Er rate davon ab, dieses Programm für Dornbirn freizuschalten. Dornbirns Programm Subventionschecker werde wesentlich transparenter sein.

Die VORSITZENDE ergänzt, dass man derzeit mit dem Subventionschecker in der Probephase sei.

7.8

StV. Dominik STEINWIDDER merkt an, dass Dornbirn Rechtsträger der Pflegeschule Unterland sei. Er möchte wissen, wie viele Abgänger der verschiedenen Berufsgruppen in das Krankenhaus wechseln bzw. in ein Pflegeheim gehen.

Er bittet um eine Auflistung.

8 Genehmigung des Protokolls der 29. Sitzung der Stadtvertretung vom 28. Februar 2019

Die Protokolle über die öffentliche und nichtöffentliche 29. Sitzung der Stadtvertretung vom 28. Februar 2019 werden in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Ende der Sitzung: 21:05 Uhr

Die Schriftführerin

Die Vorsitzende

Karin Rusch

Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann